

**BLAUER  
MUT**

**AUF GEHT'S:**

**MEHR**

**DEMOKRATIE**

**WAGEN!**



**N**och vor wenigen Tagen konnte man in der Zeitung der Landtagsfraktion der Linken folgende Aussage lesen: »Den Thüringern wurden Neuwahlen versprochen, wir halten unser Wort.« Das beigefügte Photo zeigt die Herren Ramelow und Dittes. Fakt ist: Herr Ramelow und Herr Dittes, aber auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, Mario Voigt, haben den Thüringern ins Gesicht gelogen. Zwei Jahre zieht sich das Gezerre dieser Herrschaften schon hin. Zwei Jahre, die unseren Freistaat zum Gespött der ganzen Republik gemacht haben!

Wir erinnern uns: Ausgangspunkt der Thüringer Chaosjahre war das Eingreifen der Gottkanzlerin, die sich aus dem fernen Südafrika mit dem Befehl an ihre Untertanen mel-

dete, daß die Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten rückgängig gemacht werden müsse. Denn bei der geheimen Wahl war Herr Kemmerich offensichtlich auch mit

Stimmen durch Abgeordnete gewählt worden, die auf keinen Fall zählen durften, so führende Vertreter der gebrauchten Parteien. Daß es frei vom Volk gewählte Abgeordnete gibt, deren Stimme mehr zählt beziehungsweise gar nicht zählen

darf, sagt viel über das Demokratieverständnis der selbsternannten »demokratischen« Parteien und Fraktionen aus.

Die Antifa marschierte nach der Wahl am 5. Februar 2020

## Historischer Tabubruch hat Thüringen zum Gespött der Republik gemacht

vor dem Landtag und dem Privathaus Kemmerichs auf und erzeugte den »Druck der Straße«. Ob die Gottkanzlerin in jenen Tagen noch einmal persönlich den aufmüpfigen FDP-Mann bearbeitete, wie die Gerüchteküche zu berich-

ten weiß, spielt keine große Rolle mehr. Kemmerich warf das Handtuch, und die ehemalige FDJ-Sekretärin Merkel erzwang, daß die Thüringer CDU einen SED-Ministerpräsidenten ins Amt hievte, dessen Regierungskoalition gerade von den Thüringern abgewählt worden war!

Dieser historische Tabubruch führte dazu, daß sich die CDU in Thüringen bei Umfragen dem einstelligen Bereich näherte. Um Zeit zu gewinnen, verkaufte die CDU ihre Seele ein zweites Mal und vereinbarte einen »Stabilitätspakt« mit den linken Fraktionen. Um wenigstens ein klein wenig gesichtswahrend aus der Nummer rauszukommen, legte man das Versprechen ab, daß binnen eines Jahres neu gewählt werden sollte...

Der Erfurter Politologe Professor André Brodocz ordnete die Situation nach der Absage der Neuwahlen richtig ein, indem er darauf verwies, daß eine parlamentarische Demokratie nur funktionieren könne, wenn die Opposition regieren wolle. Mit ihrer Ankündigung, sich der Abstimmung über unser Misstrauensvotum gegen Bodo Ramelow durch Sitzenbleiben zu entziehen, beweist die CDU, daß sie diesen Willen zum Regieren verloren hat!

Die Opposition hat in Thüringen die Mehrheit. Als AfD-Fraktion repräsentieren wir fast ein Viertel der Thüringer Wähler im Landtag. Ich bekräftige hier noch einmal unseren Willen, die Regierung Ramelow zu beenden und eine bürgerliche Wende in Thüringen einzuleiten!

**Björn Höcke**



## Historische Aufarbeitung: Machenschaften der Treuhand

Warum soll sich 30 Jahre nach der Gründung der Treuhandanstalt ein Untersuchungsausschuss des Landtags mit ihr beschäftigen? »Weil es Zeit dafür wird!«, betont **Stefan Möller**, stellvertretender Parlamentarischer Geschäftsführer der Afd-Fraktion. »Die mit den Aktivitäten der Treuhand bekannt gewordenen haarsträubenden Umstände sind bis heute nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet worden.«

Ein Grund hierfür ist schon die gewaltige Anzahl an Vorfällen: Der Bundestag hatte

mit seinen Untersuchungen in den 1990ern keine Chance, die aufgedeckten Missstände zu klären. »Zudem drängt sich der Verdacht auf, dass nur ein geringes Aufklärungsinteresse seitens der westdeutsch dominierten Landes- und Bundespolitik bestand. Bisherige treuhandinterne Untersuchungen wurden personell derart dünn besetzt, dass eine Aufklärung zwangsläufig scheitern musste«, so Möller.

Auch im Thüringer Regierungslager, in dem die Linke fünf Jahre lang über eine verlässliche Mehrheit verfügte, wurde viel

von Aufklärung erzählt. Wichtiger als das Unrecht, das vielen Ostdeutschen widerfahren ist, war Rot-Rot-Grün aber das Umdefinieren des Rassismusbegriffs. Dafür gründete sie eine Kommission. Die Treuhandaufklärung wurde schlichtweg »vergessen«.

Dabei ist die Aufklärung der Treuhand-Missstände auch heute noch im Interesse des Freistaats – denn die mit den Treuhand-Machenschaften verbundene Deindustrialisierung wirkt fort. »Während in Polen und Tschechien viele Betriebe erfolgreich in der Marktwirt-

schaft ankommen konnten, war dies im ach so reichen Deutschland eher eine Seltenheit. Daher muss geprüft werden, ob neben Fällen persönlicher Bereicherung und Stümperei die Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Unternehmen eine größere Rolle gespielt hat als die Sicherung ostdeutscher Arbeitsplätze«, erläutert der Afd-Abgeordnete. »Durch den Sturz in jahrelange Arbeitslosigkeit wurden viele Thüringer massiv benachteiligt. Wie viele Familien in die Brüche gegangen sind, wie viele Kinderwünsche sich aus wirtschaftlichen Grün-

den nicht verwirklichen ließen, wird sich wahrscheinlich nicht aufklären lassen. Aber die ungleich höhere Gefahr im Osten, unter Altersarmut zu leiden, ist eine offenkundige Folge der durch Treuhand-Versagen verursachten massenhaften Langzeitarbeitslosigkeit. Unser langfristiges Ziel ist es, dieses Sonderopfer vieler Ostdeutscher im Zuge der deutschen Einheit sichtbar zu machen und darauf hinzuweisen, dass eine finanzielle Kompensation beispielsweise durch einen Rentenaufschlag mehr als gerecht wäre.«



## Selbstbedienungs-Mentalität stoppen!

Mit gutem Beispiel voran: Auch Abgeordnete sollen in der Krise den Gürtel enger schnallen!

In anderthalb Jahren »Corona-Herrschaft« sind Wirtschaft und öffentliches Leben schwer geschädigt worden. Zur selben Zeit, in der Menschen um ihre Arbeitsplätze fürchten, sogar ihre Ersparnisse und Rücklagen für das Alter aufbrauchen müssen, um irgendwie über die Runden zu kommen, wollen die Landtagsabgeordneten der verbrauchten Parteien nicht von ihren Pfrün-

den und Privilegien lassen. Unverfroren bestehen sie auf der in der Verfassung verankerten automatischen Erhöhung der Abgeordnetendiäten.

Gegen diese Unverfrorenheit deutlich Stellung beziehend, hatte die Afd-Fraktion mit zwei Gesetzentwürfen gefordert, die automatische Erhöhung der steuerpflichtigen »Grundentschädigung« für die Abgeordneten des Thüringer Landtags

abzuschaffen und die Abgeordnetenbezüge auf dem Niveau des Jahres 2020 einzufrieren. Erwartungsgemäß lehnten die Fraktionen der Altparteien unsere Entwürfe ab. »Man kann als Politiker in Krisenzeiten von Opfer, Verzicht und Einschränkungen reden«, kritisiert Afd-Fraktionsvorsitzender **Björn Höcke** die Selbstbedienungsmentalität des Landtags. »Aber man muss diese Forderungen

als ‚Vertreter des Volkes‘ auch selbst vorleben. Sonst ist es nichts weiter als reine Heuchelei. Die Kollegen von den Altfraktionen strangulieren die Wirtschaft mit ihrer völlig unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmenpolitik und verlangen von der Bevölkerung, den Gürtel enger zu schnallen. Für sich aber tun sie so, als sei nichts passiert. Das tragen wir als Afd nicht mit!«



### Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke  
Bürgerinformation der  
Afd-Fraktion im  
Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Auflage: 600 000 Stück

 @afd-thl

 [www.afd-thl.de](http://www.afd-thl.de)

 @afd-landtags-tv



# Versagen auf ganzer Linie

## Linksextremisten dürfen sich weiter sicher fühlen

Wenn auch nicht jede linksextremistische Straftat gleich in die Klassifizierung »Terror« fällt, so muss man doch konstatieren: Der Linksextremismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist in Thüringen auf dem Vormarsch! Mehrere Kleine Anfragen unseres innenpolitischen Sprechers **Ringo Mühlmann** zeigen und belegen dies.

Da ist zum Beispiel die Statistik zu Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger. Wenngleich die absolute Zahl im direkten Vergleich von 2019 zu 2020 bei 121

zu 123 Fällen glücklicherweise weitestgehend gleich geblieben ist, so hat sich doch die Anzahl der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zugeordneten Straftaten erheblich verschoben. 2019 wurden seitens der Polizei noch 37 Fälle einer rechten und 39 einer linken Motivation zugeschrieben. Bereits ein Jahr später ergibt sich jedoch ein ganz anderes Bild: Während 2020 eine rechte politische Motivation bei 38 Taten als grundlegende Motivation ermittelt werden konnte, wurden nunmehr 51 einer linken Motivation

zugeordnet. Damit stieg der Anteil linksextremistischer Straftaten um 31 Prozent – und das binnen Jahresfrist. Ebenso erschreckende Zahlen lassen die Aufklärungsquoten zur PMK erahnen: Während beispielsweise bei den sonstigen staatschutzrelevanten Delikten im Phänomenbereich rechts 49 Prozent der Fälle durch Ermittlung eines Tatverdächtigen aufgeklärt werden konnten, waren dies im Bereich links lediglich 18 Prozent. Dieses Muster zieht sich durch alle zurückliegenden Jahre und alle Deliktsqualitäten der PMK. Es lässt sich festhalten: Bei

der Aufklärung linker Straftaten versagt die linke Landesregierung seit Jahren.

Damit lässt sich vielleicht im Ansatz erahnen, wie es zu der aktuell in Thüringen grassierenden Serie von Brandanschlägen kommen konnte. Die Polizei hat sich bereits wei-

testgehend festgelegt und die Motivation für die Brandanschläge als linksextremistisch eingeordnet. Nun wäre die linke Landesregierung gefragt, mit wirksamen Gegenmaßnahmen durchzugreifen. Doch die ist mit dem »Kampf gegen Rechts« offenbar vollends ausgelastet ...



Lesen Sie dazu auch unsere Kleine Anfrage  
Drucksache 7 / 1294

## Terrorwelle in Thüringen



*Flächendeckend erschütterten in den vergangenen Wochen und Monaten Brandanschläge und Gewalttaten unseren Freistaat – hinter denen sogar das Innenministerium linksextremistische Straftäter vermutet, deren Aktivitäten sich schnell zu Terroranschlägen ausweiten könnten. Doch außer Lippenbekenntnissen wird nichts getan – der »Kampf gegen Rechts« genießt bei der Landesregierung oberste Priorität, alles andere sind dagegen nur Peanuts.*

Lesen Sie dazu auch unseren Gesetzentwurf  
Drucksache 7 / 2051

## Suhl: Gebetsmühlenartige Verharmlosung der Zustände

Die Menschen in Suhl haben die Nase gestrichen voll. Seit der Eröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) geht die Angst um, nachdem

die Kriminalitätszahlen sprunghaft in die Höhe geschneit sind. Ladendiebstähle gehören zur Tagesordnung, Busfahrer weigern sich, be-

stimmte Linien innerhalb der Stadt zu fahren, und die Anwohner müssen befürchten, in ihren Kellern auf unliebsamen Besuch zu stoßen. Das Innenministerium wiegelt zwar ab, aber fest steht: Bei jedem dritten Verdächtigen einer Straftat in Suhl im Jahr 2020 handelte es sich um einen nichtdeutschen Tatverdächtigen! Bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung, Raub und räuberischer Erpressung lag der Anteil sogar bei 65 respektive 58 Prozent.

»Die gebetsmühlenartige Verharmlosung der Zustände in Suhl ist ein Skandal und verdeutlicht die Ignoranz der Landesregierung«, unterstreicht der AfD-Landtagsabgeordnete **Stefan Möller**. »Um die Bürger Suhls aus diesem Würgegriff zu befreien, fordert die AfD-Fraktion die zeitnahe Schließung der EAE und die Verlegung von Störern, Unruhestiftern und Gewalttätern in besonders gesicherte Unterbringungseinrichtungen außerhalb der Kommunen!«



## Wanderwitz & »Running-Gag«

Beleidigungen und Demütigungen von Ostdeutschen zählen seit der Wende zum guten Ton in der Politik. Sei es die Abwertung von Thüringen und Sachsen als »Dunkeldeutschland«, weil Empörung über die Merkel'sche Asylpolitik aufbrandete, sei es die Behauptung, dass die Bürger der neuen Bundesländer so häufig Ausländer überfielen, weil sie im Kindergarten gemeinsam auf dem Töpfchen gesessen hätten und zu Soziopathen mutiert seien, oder die Forderung des Grünen-Märchenerzählers Habeck, »Thüringen in ein offenes, freies, liberales, demokratisches Land« zu transformieren – unabhängig davon, dass seine eigenen Spießgesellen hier in der Regierung sitzen.



**Suspekt: Ostdeutsche wählen anders, als Wanderwitz es gerne hätte...**

Da stellt die jüngste Entgleisung des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, mit seiner haltlosen Unterstellung einer »Diktatursozialisierung« der Ostdeutschen mit »gefestigten nichtdemokratischen Ansichten« nur ein weiteres Kettenglied in einer langen Reihe von Infamien dar. Einmal mehr missbraucht ein Bundespolitiker – in diesem Fall sogar der, der die Sorgen und Nöte der Ostdeutschen in der Bundesregierung zur Sprache bringen soll – sein Amt, um Menschen vor den Kopf zu stoßen und sie zu diffamieren. Als wahrer Interessenvertreter der Bürger Thüringens weist die AfD-Fraktion die Unterstellungen des Ostbeauftragten daher mit aller Schärfe zurück und fordert von Bund und Land, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Benachteiligung von Bürgern ostdeutscher Herkunft gegenüber Westdeutschen endlich der Vergangenheit angehören muss und ihnen der nötige Respekt für ihre Lebensleistungen einschließlich der friedlichen Revolution 1989 entgegengebracht wird.



## Die Mär vom demographisch bedingten Fachkräftemangel

Seit etwa 20 Jahren wird den Bürgern durch die Politik weisgemacht, dass der demographische Wandel verantwortlich für den Fachkräftemangel in verschiedenen Berufen sei. Doch diese Behauptung stimmt nicht, wie einige wenig bekannte Fakten zeigen: In Deutschland leben fast zwei Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben. Weitere 300 000 junge Bewerber gehen jährlich bei der Ausbildungssuche leer aus, weil sie die Schule nicht ausbildungsfähig verlassen oder das Ausbildungsplatzangebot in ihrer Region unzureichend ist. Zudem wird ein Viertel aller Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst. »Es gibt nicht zu wenig junge Menschen in Deutschland«, erläutert **René Aust**, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. »Es ist vielmehr so, dass die jungen Leute, die wir haben, nicht gut gebildet und ausgebildet werden! Statt Massen-

einwanderung wollen wir für jedes unserer Kinder eine gute Bildung, gute Ausbildungsplätze und gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze.«

Besonders am Beispiel der Pflege werde das uns erzählte Märchen deutlich, so Aust: »Wahrheitswidrig wird behauptet, nur mit Einwanderung könne eine angemessene Pflege aufrechterhalten werden. Schuld am Mangel ist vielmehr das Pflegesystem in Deutschland selbst, das zumeist in Teilzeit organisiert ist, wie dies auch die Bundesregierung in ihrem sechsten Pflegebericht einräumt. Demnach waren nur 27 Prozent des Personals in ambulanten Pflegediensten vollzeit- und fast 70 Prozent teilzeitbeschäftigt, mit einem Anteil geringfügig Beschäftigter von rund 20 Prozent.« Während viele Altenpflegefachkräfte in den westdeutschen Bundesländern vor allem aus persönlichen und familiären Gründen wie dem Fehlen von Kinder-

betreuungsplätzen in Teilzeit arbeiten, findet die Hälfte von ihnen in den ostdeutschen Bundesländern einfach keine Vollzeitstelle. Dem drohenden Mangel an Beschäftigten in der Pflege kann folglich dadurch wirksam begegnet werden, dass die unfreiwillige Teilzeit reduziert wird. »Hier wird der ganze Irrsinn der Forderung nach mehr Einwanderung deutlich: Statt die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern, für besser bezahlte Vollzeitarbeitsplätze zu sorgen und die Dokumentationspflichten abzusenken, werden die miserablen Bedingungen beibehalten und in dieses schlechte System Ausländer zur Ausbeutung eingeladen. Die AfD will keine Masseneinwanderung. Wir wollen unseren Nachwuchs selbst zu Fachkräften ausbilden und für bessere Arbeitsbedingungen sorgen!«, so Aust abschließend.



Lesen Sie mehr dazu auf unserer Seite

<https://afd-thl.de>

Empfindliche Schlappe für den sogenannten »Verfassungsschutz«: Nach einer Klage der AfD-Fraktion hat das Verwaltungsgericht Weimar entschieden, dass das Landesamt für Verfassungsschutz die Einstufung der Thüringer AfD als »Prüffall« wenige Tage vor der Landtagswahl 2019 nicht hätte öffentlich machen dürfen. Der AfD-Landtagsabgeordnete **Stefan Möller** wies nach dem Urteil darauf hin, dass der Verfassungsschutz einen »massiven Rechtsbruch« begangen habe.

Anstatt den Fehler einzugestehen, kritisiert Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer die Entscheidung als »nicht überraschend«. Innenminister Georg Maier kündigt sogar eine Änderung des Verfassungsschutzgesetzes an. »Klar ist damit einmal mehr: Die größte Gefahr für die Thüringer Ver-



fassung geht vom obersten Dienstherrn des Verfassungsschutzes aus«, betont Stefan Möller. »Das Urteil des Verwaltungsgerichts wäre für jeden Demokraten Anlass genug, den gerichtlich festgestellten Missbrauch des Verfassungsschutzes zur Bekämpfung

der Opposition zu überdenken. Stattdessen wird nach Wegen gesucht, das Urteil des Gerichts zukünftig zu umgehen. Deutlicher kann die Geringschätzung der Schutzmechanismen des Rechtsstaats kaum verdeutlicht werden!«